

Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Christliche Wurzeln für die Zukunft

Das „C“ ist nicht nur Name, sondern auch Programm. Daher zeichnet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Dialog mit den Kirchen durch eine eigene Veranstaltungsreihe aus. Zum Auftakt-Kongress reisten am Montag 700 Teilnehmer nach Berlin an, um mit Erzbischof Zollitsch und dem anwesenden EKD-Vorsitzenden Schneider über das Christliche in der Politik zu diskutieren.

Die Abgeordneten von CDU und CSU im Deutschen Bundestag nehmen die Verpflichtung, die mit dem „C“ in ihrem Parteinamen verbunden ist, sehr ernst. Dies wurde während des Kongresses „Das ‚C‘ ist für uns Programm“ am Montag deutlich. Volksvertreter beider Konfessionen, jeden Alters und aus allen Teilen Deutschlands bekannten sich zu ihrem besonderen christlichen Auftrag. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Dr. Hans-Peter Friedrich, der gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Unionsfraktion zu diesem Austausch eingeladen hatte, zeigte sich erfreut über die große Resonanz des Kongresses. 700 Teilnehmer waren dazu in den Bundestag gekommen. Nach der grundsätzlichen Aussprache über das Christliche in der Politik will die Unionsfraktion in den kommenden Monaten in weiteren Veranstaltungen im Dialog mit den Kirchen darüber nachdenken, wie sich das christliche Menschenbild auf einzelnen Politikfeldern entfaltet.

„Das ‚C‘ ist für uns der Kompass“, betonte Kauder in seiner Eröffnungsrede. Vor diesem Hintergrund setze er sich etwa für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik ein: „Wir dürfen nicht auswählen, wer auf die Welt kommen soll und wer nicht.“ Kauder forderte auch ein stärkeres Engagement für verfolgte Christen in der Welt. „Christen sind die am meisten bedrängte Religionsgemeinschaft in der Welt.“ Er sei dafür, dass in Deutschland die Muslime ihren Glauben frei ausleben dürften.

„Ich erwarte aber, dass Christen in der Türkei und Malaysia auch ihre Kirchen bauen dürfen.“

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, betonte die Bedeutung des „C“ für die Union. Es sei ihr „Alleinstellungsmerkmal“, aus christlicher Geisteshaltung heraus Politik zu machen. Gleichzeitig zog der Erzbischof Grenzen zwischen Politik und Kirche: Er wünsche sich von seiner Kirche Zurückhaltung, wenn es um politische Detailfragen geht: „Bischöfe sind nicht die besseren Politiker.“ Die Kirchen sollten vielmehr die Maßstäbe setzen, die den Politikern Orientierung geben. Der amtierende Vorsitzende des Rates der EKD, Präses Nikolaus Schneider, ermahnte die Politik, immer die soziale Balance im Auge zu haben.

Das „C“ erspare nicht das eigene Denken der Politiker, betonte CSU-Landesgruppenchef Friedrich in seinem Schlusswort. Denn das „C“ sei kein fertiges Rezeptbuch. „Im Gegenteil: Es ist ein Aufruf, selbst zu denken, sich der Verantwortung vor Gott zu stellen, die jeder von uns als Person und Gottes Geschöpf hat.“ Gleichzeitig wüssten Christen aber auch von ihrer Endlichkeit und Fehlbarkeit. Deshalb, so Friedrich, sei Politik nicht Heilshandeln. „Wir Christen wissen, dass jeder Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, stets die Hölle produziert.“ Deshalb bewahre der christliche Glaube vor Ideologien und utopischen Heilsversprechungen.

Das „C“ prägt
CDU und CSU

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Wir werden nie vergessen: Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein Geschenk der Geschichte. Noch vor 25 Jahren wurden wir für unser Festhalten am Ziel der Einheit verlacht und bekämpft. Nur wenige Prozent der Deutschen meinten, diesen Freudentag noch selbst zu erleben. Doch 1989 öffnete sich plötzlich ein historisches Zeitfenster. Die Proteste in ganz Osteuropa halfen, den Weg zur Einheit Deutschlands und Europas zu bahnen.



Den Menschen in der DDR gelang eine historische Leistung: Eine friedliche Revolution. Ohne ihren mutigen Einsatz für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden wäre das Regime von Ost-Berlin nicht ins Wanken gekommen. Wahr ist aber auch: Ohne die Staatskunst Helmut Kohls, Hans-Dietrich Genschers und Theo Waigels wäre die Wiedervereinigung, deren zwanzigsten Jahrestag wir am Sonntag feiern, nicht gelungen. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag war die erste, die damals den Weg wies, auf dem die Einheit gelang: Der Beitritt der wiederhergestellten mitteldeutschen Länder zum Grundgesetz.

Doch nicht nur Freiheit und Einheit, auch die Entwicklung der letzten 20 Jahre ist Anlass zur Freude: Aus einer bankrotten und maroden Planwirtschaft haben CDU-Ministerpräsidenten Länder gemacht, die in der Pisa-Studie mit Bayern um die ersten Plätze konkurrieren und deren renovierte Städte zum Schönsten gehören, was Deutschland zu bieten hat. Auch wenn weiterhin viele Aufgaben vor uns liegen – am Tag der Deutschen Einheit können wir stolz zurückblicken: Auf die Leistungen in Ost und West, die zur Einheit führten, und auf die Leistungen in Ost und West beim Wiederaufbau der neuen Länder.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Peter Friedrich MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Gesundheitsreform

Koalition stabilisiert Krankenkassen

Die Gesundheitsreform der Koalition stellt sicher, dass auch weiterhin alle Menschen in Deutschland von unserem erstklassigen Gesundheitssystem profitieren können. Gleichzeitig wendet die christlich-liberale Regierung ein Defizit in Höhe von elf Milliarden Euro ab, das für 2011 prognostiziert worden war.

Die Menschen in Deutschland werden immer älter, und die Medizin kann ihnen dank des rasanten technischen Fortschritts immer besser helfen. So positiv beide Entwicklungen sind, so hoch sind die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen, die sie mit sich bringen. Durch die nun vorgelegte Gesundheitsreform bleibt die flächendeckende erstklassige Versorgung weiterhin zu fairen Konditionen möglich. Damit die Finanzierung der Gesundheitsversorgung auch weiterhin auf viele Schultern verteilt bleibt, beteiligt die Koalition alle in einem fairen Paket: Die Leistungserbringer, die Arbeitgeber, die gesetzlichen Krankenkassen, deren Mitglieder und alle Steuerzahler. Das ist gerecht, ausgewogen und für alle zumutbar. Leistungskürzungen für die Patienten gibt es nicht. Eine Entlastung des Gesundheitssystems

erlaubt die Rückkehr zum vor der Wirtschaftskrise gültigen Krankenversicherungs-Beitragssatz. Mit 15,5 Prozent wird er 2011 wieder auf das Niveau von Anfang 2009 gebracht. Der Beitrag war zwischenzeitlich abgesenkt worden. Damit hatte die unionsgeführte Bundesregierung eine wichtige Grundlage für die weltweit beachtete positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt gelegt.

Erhalten bleibt selbstverständlich die beitrags- und zusatzbeitragsfreie Familienmitversicherung. Einsparungen werden vor allem bei den Ausgaben der Ärzte und Krankenhäuser und für Arzneimittel erzielt. Im Bereich der hausarztzentrierten Versorgung hat sich die CSU-Landesgruppe erfolgreich für einen Vertrauens- und Bestandsschutz für bestehende Verträge – wie zum Beispiel die Haus-

arztverträge in Bayern – eingesetzt. Eine Verteilung der Honorarzuwächse an die Länder mit geringeren Ausgabenniveaus wäre aus Sicht der CSU nicht sachgerecht. Sie wird sich für eine Regelung stark machen, die die Honorarzuwächse gerecht auf alle Länder verteilt. Durch die Verhinderung des Defizits der Krankenkassen hat die christlich-liberale Koalition die Grundlage dafür geschaffen, dass die meisten Kassen weiter ohne Zusatzbeiträge auskommen werden. Darüber hinaus wird es einen Sozialausgleich geben. Bei Bedürftigen wird der Arbeitnehmeranteil an den Gesundheitskosten gesenkt, ohne dass dies beantragt werden muss. Um den Wettbewerb zwischen den Kassen zu erhöhen, kann außerdem jederzeit aus einer Kasse mit Zusatzbeiträgen in eine günstigere Kasse gewechselt werden.

Diese Woche

Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Christliche Wurzeln für die Zukunft	1
Gesundheitsreform Koalition stabilisiert Krankenkassen	2
Kunduz-Untersuchungsausschuss Opposition rudert zurück	2
Die CSU-Landesgruppe im Gespräch mit den Kommunen Anwalt der bayerischen Städte und Gemeinden in Berlin	3
Verbraucherschutz Ilse Aigner schafft Kosten für Warteschleifen ab	4
Starke Partnerschaft Union und ÖVP: Gemeinsam für Europa	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Kunduz-Untersuchungsausschuss

Opposition rudert zurück

Nach weiteren Vernehmungen im Kunduz-Untersuchungsausschuss ist die Opposition blamiert. Selbst der Ausschuss-Obmann der Grünen im Kunduz-Untersuchungsausschuss gibt zu: Verteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg ist kein Fehlverhalten vorzuwerfen.

Weitere Aussagen des früheren Generalinspektors Wolfgang Schneiderhan und des ehemaligen Staatssekretärs Dr. Peter Wichert bestätigten nun die Aussagen des Verteidigungsministers, die die beiden Entlassenen früher vehement bestritten hatten: Tatsächlich haben Sie zu Guttenberg nicht vollständig über die Ermittlungen bezüglich des Luftangriffs vom 04. September 2009 informiert, als zu Guttenberg zwei Monate später Verteidigungsminister wurde. Schneiderhan räumte ein, dem Minister sechs von acht Berichten nicht vorgelegt zu haben, darunter auch den umstrittenen Feldjägerbericht. Die personellen Konsequenzen, die der Minister daraufhin gezogen hat, sind somit vollständig nachvollziehbar. Auch hinsichtlich des Ablaufs eines Gesprächs am

25. November 2009 ruderten die Zeugen zurück und bestätigten damit die Aussagen zu Guttenbergs. In ihrer ersten Vernehmung hatten Wichert und Schneiderhan auf mehrmalige Nachfragen stets bekräftigt, dass der Adjutant des Ministers nicht mit anwesend gewesen sei. Nun gaben sie lediglich an, sich nicht mehr an den Adjutanten erinnern zu können. Der Untersuchungsausschuss hat somit die Vorgänge des 04. September 2009 und der darauf folgenden Tage und Wochen umfassend untersucht. Da keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind, dienen die aufgeregten Rufe der Opposition nach der Vernehmung weiterer Zeugen allein der Stimmungsmache gegen die christlich-liberale Regierung. Sinnvoller wäre stattdessen eine Einstellung der Ausschussarbeit.

Die CSU-Landesgruppe im Gespräch mit den Kommunen

Anwalt der bayerischen Städte und Gemeinden in Berlin

Die CSU ist die starke Kommunalpartei in Bayern. Am vergangenen Samstag kam die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag daher nach Augsburg, um bayerischen Kommunalpolitikern Rede und Antwort zu stehen. Dabei wurde deutlich, wie wichtig ein direkter Draht nach Berlin für die Städte und Gemeinden ist. Eine so starke Verbindung garantiert nur die CSU, denn keine andere politische Kraft hat in Bayern, Deutschland und Europa so viel Gewicht.

Antworten auf Fragen nach der Zukunft kommunaler Haushalte suchten am vergangenen Samstag Kommunalvertreter und CSU-Bundestagsabgeordnete gemeinsam. Die intensive Diskussion über die Zukunft der christlich-sozialen Kommunalpolitik dauerte mehr als vier Stunden. Viele Teilnehmer – mehr als hundert Städte und Gemeinden waren vertreten – zeigten sich dankbar für das offene Ohr der Bundespolitiker.

Zu den Gästen zählten unter anderem der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, der Präsident des Verbandes der Bayerischen Bezirke, Manfred Hölzlein, der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Jakob Kreidl, der Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Landrat Stefan Rößle, sowie der Kreisverbandsvorsitzende des bayerischen Gemeindetags, Georg Klaußner.

In einer kraftvollen Rede wies der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Dr. Hans-Peter Friedrich, darauf hin, dass alle Kommunen von der massiven Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Die bayerischen Kommunen stünden im bundesweiten Vergleich sogar relativ gut da, „weil die wirtschaftliche Basis günstiger war als anderswo“. Aber dennoch seien die Gewerbesteuer-einbrüche bitter. Friedrich warnte vor einer Abschaffung der Gewerbesteuer. Eine solche Abschaffung gegen den Willen der Kommunen werde es mit der CSU nicht geben.

Folgerichtig war die Stabilisierung der Kommunalfinanzen wichtiges Thema der Veranstaltung. An der entsprechenden Runde nahm auch Dr. Hans-Bernhard Beus teil. Die Kommunalvertreter aus dem ganzen Freistaat zeigten sich dankbar für

diese Möglichkeit des direkten Dialogs mit dem Staatssekretär im



Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt im Dialog mit Manfred Hölzlein, Hans Schaidinger und Hans-Bernhard Beus

Bundesfinanzministerium. Nicht nur an dieser Stelle wurde deutlich, wie wichtig ein direkter Draht nach Berlin für die bayerischen Kommunen ist. Nur die CSU ermöglicht Verantwortungsträgern bayerischer Städte und Gemeinden eine so enge Verbindung nach Berlin und auch nach Brüssel.

Auch die zahlreichen Bürgermeister und Kommunalvertreter im Publikum bereicherten die Diskussion. Sie forderten unisono eine Beibehaltung der Gewerbesteuer. Finanzstaatssekretär Beus zog ein positives Fazit der Veranstaltung. Er habe viel von der Sichtweise der kommunalen Vertreter mitgenommen und versprach, „sich manches noch detaillierter anzuschauen.“ Die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe

sagten den Kommunalvertretern zu, den Dialog zwischen Bayern und Berlin weiterhin so intensiv wie möglich zu pflegen. Die Ergebnisse der Augsburger Tagung werden auch in die Beratungen der Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung einfließen.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Versprochen...

Der erste Haushaltswurf der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Kraft steht unter einem doppelt ungünstigen Stern: Erstens festigt „Kraftilanti“ das vehement bestrittene, faktisch aber bestehende Linksbündnis, indem sie den Etat von SPD, Grünen und Linkspartei verabschieden lassen will. Zweitens hat Frau Kraft ganz nebenbei eine Rekordverschuldung eingeplant: Satt neun Milliarden Euro – und das, obwohl sie vor der Wahl das Gegenteil angekündigt hatte. Frau Kraft präsentierte ihren Schuldenhaushalt am selben Tag, an dem Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Berlin mutig für den Schuldenabbau eintrat. Die Tageszeitung „Die Welt“ nennt Kraft daher „Anti-Merkel“. Noch treffender die CDU in Düsseldorf: Sie bezeichnet den NRW-Finanzminister neuerdings als „Griechenland-Beauftragten der Landesregierung“.

...gebrochen

Auch die österreichische Schwesterpartei der SPD tut sich durch gebrochene Wahlversprechen hervor. In der ganzen Alpenrepublik galt der SPÖ-Grundsatz „Auf keinen Fall eine Koalition mit der FPÖ“ – genau wie die SPD Koalitionen mit der Linkspartei immer ausgeschlossen hatte. Doch seit der Landtagswahl in der Steiermark vom Sonntag hört sich das auch in Österreich ein bisschen anders an. Da man zur Wiederwahl des Genossen Landeshauptmanns einen Partner braucht, wirft die SPÖ ihre Grundsätze über Bord und schießt nach Rechts – genau wie sich die SPD in Deutschland immer häufiger den Neo-Kommunisten andient: In der Steiermark soll es die FPÖ richten. Besonders pikant: Just am Tag der Landtagswahl wurde der SPÖ-Vorsitzende Faymann auf dem deutschen SPD-Parteitag als Vorzeigemann aufrichtiger Sozialdemokratie gefeiert.

Verbraucherschutz

Ilse Aigner schafft Kosten für Warteschleifen ab

Gute Nachricht für alle Verbraucher: Service-Hotlines dürfen künftig nicht mehr gebührenpflichtig sein, solange sich der Anrufer in der Warteschleife befindet. Verbraucherschützer begrüßen diesen Vorstoß von Bundesministerin Ilse Aigner.

Viele Warteschleifen kosten nicht nur Nerven, sondern auch bares Geld. Damit wird jetzt Schluss sein. In Zukunft sind Warteschleifen in Deutschland kostenfrei. Das gilt für Telefonate aus dem Festnetz wie auch aus dem Mobilfunknetz. Bisher verlangen einige Telefon-Dienstleister auch für den Teil von Hotline-Anrufen hohe Gebühren, den die Kunden in der Warteschleife verbringen. Manche Anbieter lassen ihre Kunden bewusst lange auf das erwünschte Gespräch warten, um mit den überhöhten Gebühren Gewinne zu erzielen.

Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner kämpft entschlossen gegen

diesen Missstand: „In meinen Augen ist das reine Abzocke. Das müssen wir verhindern.“ Die Bundesministerin fordert: „Solange keine Leistung erbracht wird, darf auch keine Gebühr berechnet werden. Ich freue mich, dass wir das nun gesetzlich festschreiben werden und den Verbraucherschutz in Deutschland wieder ein ganzes Stück voranbringen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Neuregelung gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium so schnell wie möglich umgesetzt wird.“ Die angestrebte Lösung sieht eine getrennte Abrechnung des Anrufs vor. Wenn Unternehmen guten Service bieten, dürfen sie auch wei-

terhin Geld dafür verlangen. Wichtig ist jedoch, dass der Kunde am Telefon erst von dem Moment an bezahlen muss, in dem er auch mit jemandem spricht.

Eine Ausnahme sollten nach Ansicht der Ministerin Anrufe in Garantiefällen darstellen: „Da muss aus meiner Sicht der komplette Service, und damit natürlich auch der Anruf, kostenlos sein. Ich rate Verbrauchern, sich schon beim Abschluss eines Vertrags zu erkundigen, ob es eine kostenlose Hotline gibt. Schließlich gibt es zum Glück auch Unternehmen, die versuchen, mit Kundenfreundlichkeit zu punkten.“

Starke Partnerschaft

Union und ÖVP: Gemeinsam für Europa

CDU, CSU und ÖVP entwickeln gemeinsame Konzepte für die Zukunft Europas. Ergebnis eines Treffens der Fraktionsspitzen aus Bundestag und Nationalrat sind gemeinsame Konzepte zur Finanzmarktregulierung, der Europapolitik und zum Schutz der Rechte von Christen weltweit.

Der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion blickt auf einen erfolgreichen Arbeitsbesuch in Wien zurück. In den zahlreichen Gesprächen in der österreichischen Hauptstadt wurde klar: In Zeiten zunehmender Europäisierung wird die Vernetzung der nationalen Parlamente immer wichtiger. „Wir müssen die Parlamente stärken und das Thema Europa dort diskutieren“, betonten der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich, sowie Fraktionschef Volker Kauder gemeinsam. Die Fraktionsvorstände erörterten auch Möglichkeiten, die demokratische Legitimation der EU zu stärken. Dazu enthalte der Lissabon-Vertrag viele Chancen. Zu weiteren EU-Beitritten haben Union und ÖVP eine klare Meinung: Fehler wie in den Fällen Bulgariens oder Rumaniens gilt es zu vermeiden. Alle Aufnahmekriterien müssen strikt erfüllt werden.

CDU, CSU und ÖVP verstehen sich als „Impulsgeber für Europa“, sagte

Ihr direkter Draht nach Berlin
Per Telefon zur CSU-Landesgruppe



**Bayerns starke
Stimme in Berlin**

Telefon 0800 - 0 91 55 22
(gebührenfrei)

Dienstag, 5. Oktober 2010
13.00 - 15.00 Uhr

Über die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt und alle weiteren bundespolitischen Themen können Sie mit den Bundestagsabgeordneten der CSU am Telefon diskutieren.

Die Abgeordneten stehen allen Bürgerinnen und Bürgern gerne Rede und Antwort.

der ÖVP-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Kopf. Einen wichtigen Anstoß wollen die drei Parteien etwa in Bezug auf eine europäische Finanztransaktionssteuer geben. In Deutschland hat die christlich-liberale Koalition den Handel mit ungedeckten Leerverkäufen bereits verboten. Die Bankenabgabe, die die Schwesterparteien nun gemeinsam fordern, wäre ein logischer nächster Schritt.

Wichtig war den Abgeordneten der drei christdemokratischen Parteien bei ihren Gesprächen auch das Thema Religionsfreiheit. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Dr. Hans-Peter Friedrich, forderte von der EU einen jährlichen Bericht über den Stand der Religionsfreiheit in der Welt. Bei EU-Beitritts- und Assoziierungsverhandlungen müsse die Religionsfreiheit in den Kandidatenländern stärker in den Blick genommen werden. „Wenn die Türken bei uns Moscheen bauen wollen, dürfen sie den Bau von Kirchen in der Türkei nicht blockieren“, sagte Unionsfraktionschef Kauder.